

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 51. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 18. Juni 2003

#### Tagesordnungspunkt 3:

- a) Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem EU-geführten Einsatz zur Stabilisierung der Sicherheitslage und Verbesserung der humanitären Situation in Bunia auf der Grundlage der Resolution 1484 (2003) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 30. Mai 2003**

(Drucksachen 15/1168, 15/1176) .....

4227

#### Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Pau.

#### Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten ein Eingreifen der UNO im Kongo für dringend geboten. Es war Sinn und Zweck der UNO, Kriege und Völkermorde möglichst zu verhindern. Wir haben es im Kongo mit Kriegen und Völkermord zu tun, die umgehend beendet werden müssen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir entscheiden heute, ob und wie sich die Bundesrepublik Deutschland daran beteiligen soll. Der vorliegende Antrag geht von einem befristeten Einsatz aus. Es geht um ein begrenztes Kontingent. Es geht vorwiegend um Sanitäts- und Transportaufgaben. Gegen diese Hilfe kann an sich kein vernünftiger Mensch etwas haben.

Der Antrag führt aber zu einer weitergehenden Frage, die ich illustrieren will. Ein Ratgeber aus meiner Partei drängte mich dieser Tage, ohne Wenn und Aber im Bundestag mit Nein zu stimmen. Ich wollte wissen, was er gegen ein Sanitätsflugzeug nebst Personal habe. Er antwortete: Militär ist Militär! – Daraufhin fragte ich ihn: Wenn aber dasselbe Flugzeug mit demselben Personal durch das Rote Kreuz oder das Technische Hilfswerk geschickt würde? – Das wäre sicher nur ein Trick, meinte er. Allerdings wirkte er nicht mehr ganz so sicher.

Damit komme ich zu meinem ersten Kritikpunkt. Der zu beschließende Einsatz hat einen konkreten Anlass. Es geht um Menschen im Kongo. Er hat aber auch einen ebenso konkreten Hintergrund, nämlich die beschlossene **Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU**. Dabei geht es mitnichten nur um humanitäre Hilfen. Im Gegenteil: Es geht auch um militärische und kapitale Einflussphären.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich kann beim Nachdenken über meine Entscheidung das warnende Argument nicht entkräften, dass der bevorstehende Einsatz auch dazu dient, künftige Militärinterventionen vorzubereiten. Rot-Grün könnte zwar dazu beitragen, dieses Argument zu entkräften, tut es aber nicht. Sie brauchten zum Beispiel nur auf ein EU-

Programm zu drängen, das auf weltweite Entwicklungshilfe und Konfliktvermeidung setzt, die europäischen Ressourcen dafür bündelt und einer weiteren Militarisierung der EU entsagt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ein solches Programm gibt es aber nicht, obwohl es ein wirksamer Beitrag zur Stärkung der UNO wäre und künftige „Kongos“ oder „Ruandas“ vermeiden helfen könnte.

Die Zweifel werden durch einen weiteren Umstand genährt. Es gibt ein **UNO-Mandat für den Kongo**. Viele, die sich auskennen, sagen: Es ist zu schwach; es fehlt an Mitteln und an Konsequenz. Nahe liegend wäre also, das Mandat personell und finanziell zu stärken. Doch das passiert nicht. Stattdessen wird ein zweites Mandat als Parallelmandat erlassen. Die EU wird ermächtigt, militärisch selbstständig einzugreifen. Warum? In dem Antrag der Bundesregierung wird als Begründung angeführt, dies geschehe, um das erste Mandat – das UNO-Mandat – zu stärken. Diese Umweglogik erschließt sich mir nicht und sie nährt auch Zweifel.

Zum Schluss: Ich höre auch die Kritiken aus den Reihen der konservativen Opposition. In der Konsequenz unterscheiden wir uns allerdings. Sie pokern um mehr Mittel für die Aufrüstung der Bundeswehr und für eine militärische Interventionstruppe der EU, die auch weltweit agieren kann.

Fazit: Wir, die PDS im Bundestag, lehnen den vorliegenden Antrag ab.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber mit Bedenken!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin, Ihre Zeit.

**Petra Pau (fraktionslos):**

An den Bundesinnenminister gerichtet: Wenn Sie es mit Ihrer Friedensmission Ernst meinen, dann sollten Sie nicht immer noch Flüchtlinge in den Kongo abschieben, wie es jüngst in dieser Woche geschehen ist.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Winfried Nachtwei[(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Bei Ihrer Ablehnung haben Sie aber Bauchschmerzen, nicht wahr? – Günther Friedrich Nolting [FDP]: Wir haben bei der Zustimmung Bauchschmerzen!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Ludger Volmer, Bündnis 90/Die Grünen.